

UN-engagiertes Deutschland?

Detlef Dzembritzki, geb. 1943, ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). In diesem Standpunkt fordert er ein stärkeres Engagement Deutschlands in den Vereinten Nationen. Dies betrifft insbesondere grundsätzliche und sicherheitspolitische Fragen vor dem Hintergrund der Bundestagswahl im September 2017.



Detlef Dzembritzki

Deutschland muss der Krisen- und Gewaltprävention dem Einsatz militärischer Mittel zur Friedenserzwingung einen unbedingten Vorrang geben.

In unserer heutigen turbulenten Welt müssen die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle in der internationalen Politik spielen. Nur sie können den nötigen universellen Rahmen bieten, um wachsende weltpolitische Probleme gemeinsam zu lösen. Als Profiteur der Globalisierung sollte gerade Deutschland als positives Beispiel vorangehen und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik stellen.

Die dafür wichtigste Grundlage ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Weltorganisation für ihre Arbeit. Deutschland sollte bei vielen UN-Programmen mehr freiwillige Beiträge leisten und Pflichtbeiträge auf allen Ebenen stets pünktlich und vollständig begleichen. Darüber hinaus ist eine innenpolitische Debatte über die Arbeit der UN unverzichtbar. Der beste Ort ist hierfür der Deutsche Bundestag, der die deutsche UN-Politik insgesamt stärker und öffentlichkeitswirksamer kritisch begleiten sollte. Aber auch die öffentliche Wahrnehmung der UN in Deutschland ist von zentraler Bedeutung. Der jährlich stattfindende ›Tag der Vereinten Nationen‹ am 24. Oktober sollte als besonderer Tag in den Lehrplänen der Schulen verankert werden, um auf die aktuelle Relevanz der Weltorganisation hinzuweisen.

Im Bereich der friedens- und sicherheitspolitischen Arbeit der UN muss Deutschland der Krisen- und Gewaltprävention dem Einsatz militärischer Mittel zur Friedenserzwingung einen unbedingten Vorrang geben. Die Kapazitäten innerhalb der zivilen Konfliktbearbeitung müssen personell und logistisch kontinuierlich ausgebaut werden, um die Vereinten Nationen bei ihrer friedlichen Streitbeilegung zu unterstützen. Im Zuge der neuen Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention bedarf es dringend einer kohärenten Politik, die zum Beispiel Rüstungsexporte in Krisenregionen einstellt und die Rüstungsexportkontrolle durch den Deutschen Bundestag substanziell ausweitet. Das

Bekenntnis zur internationalen Schutzverantwortung (Responsibility to Protect – R2P) sowie ein nachdrückliches Engagement für eine internationale Abrüstung könnten Deutschlands Rolle in den UN weiter stärken. Die inzwischen gestiegene Bereitschaft der Bundesrepublik, bei UN-Friedenssicherungseinsätzen mehr globale Verantwortung zu übernehmen, ist zu begrüßen. Dies bedeutet aber auch, dass UN-Friedensmissionen künftig personell und logistisch umfassender unterstützt werden müssen. Bisher liegt Deutschland als Entsendestaat nur an 48. Stelle von insgesamt 124 Staaten. Mit Spezialisten für Transport und Aufklärung, über die andere Staaten nicht verfügen, könnte Deutschland die kritische Anfangsphase von UN-Friedensoperationen gezielt stärken. Die Entsendehindernisse von Polizeipersonal sollten Bund und Länder endlich gemeinsam überwinden und bereits getätigte Bundestagsbeschlüsse zügig umsetzen.

Aber auch die Entwicklungszusammenarbeit muss als Mittel der Krisenprävention verstanden werden. Gerade mit Blick auf Prävention und das Konzept der vernetzten Sicherheit sind die Forderungen der NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, jedoch unverhältnismäßig. Stattdessen sollte die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der UN auch von Deutschland deutlich gestärkt und das Welthandelssystem gerechter gestaltet werden.

All dies sind wichtige Hausaufgaben für die kommende Bundesregierung. Zusammen mit den anderen UN-Mitgliedstaaten sollte Deutschland eine größere internationale Verantwortung übernehmen, zu einer Stärkung der UN beitragen und damit die Welt etwas sicherer und gerechter gestalten.

Der Text beruht auf dem Forderungskatalog der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) für die Bundestagswahl 2017 ›Globale Politik aktiv gestalten – in und durch Deutschland: Zehn Prioritäten für die künftige deutsche UN-Politik‹. Der Katalog ist einsehbar unter www.dgvn.de